

A n t r a g

des

RECHTS- UND VERFASSUNGS-AUSSCHUSSES

über den Antrag gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Mag. Hackl und Waldhäusl betreffend weitere Maßnahmen im Asylbereich.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1. Die NÖ Landesregierung wird ersucht, an die Bundesregierung heranzutreten und diese im Sinne der Antragsbegründung aufzufordern, im Asylbereich die vom Bundesministerium für Inneres vorgelegten Maßnahmen (unter anderem die Einrichtung von Rückkehrereinrichtungen und die Möglichkeiten der Beugehaft) rasch umzusetzen, sowie die geforderte Halbierung der Flüchtlings-Obergrenze verfassungsrechtlich umzusetzen.
2. Durch diesen Antrag gemäß § 34 LGO wird der Antrag Ltg.-1317/A-3/324-2017 miterledigt.“

Dr. LAKI
Berichtersteller

Dr. MICHALITSCH
Obmann